Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,700.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 280. Sonnabend den 7. October 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 8. October,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Auctions-Bekanntmachung.

Im Auctionslocale des unterzeichneten Rathes, Gerberstraße Nr. 10, Hof 1. Etage, sollen

Mittwoch, den 11. October dieses Jahres, Vormittags 9 Uhr

1 Sopha, 1 Schreibtisch, 5 Kinderschränke, 1 Wäschschrank, 1 Kanonenofen, 1 Handwagen, 1 Kinderbettstelle, 2 Hobelbänke, 1 Nähmaschine, 5 Tafelwaagen, 8 Säcke Gyps, 2 Windhauben, 1 Thür, 62 Stück div. Bretter, 10 Fensterbretter, 56 Thürfutter, 199 Dockenhölzer, 10 Treppenhandgriffe, 27 Stück gedrehte Docken, 1 Zither, Wand- und Taschenuhren, Gold- und Silbersachen, eine Partie Kleider ꝛc. ꝛc. an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 4. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem **3. Stockwerk** des der Stadtgemeinde gehörigen Hauses **Sellier's Hof** Reichsstraße Nr. 55 Grimmaische Straße Nr. 36 soll eine aus **1 Vorsaal, 3 zweifenstrigen, 2 einfenstrigen Stuben, 3 Kammern** und sonstigem **Zubehör** bestehende, mit **Wasserleitung** versehene **Wohnung vom 1. April 1883** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer № 17, entgegengenommen, auch können daselbst die Vermiethungsbedingungen und das **Inventarium** der zu vermiethenden Wohnung eingesehen werden.

Leipzig, den 2. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Sdbj.

Bekanntmachung.

Das für die ledige Emma Caroline **Franziska Hedwig Mattausch** aus Bitzen unterm 12. Januar 1881 vom Amtsvorsteher zu Kommern ausgestellte Dienstbuch Nr. 32 ist verloren gegangen und im Auffindungsfalle allhier abzuliefern.

Leipzig, am 5. October 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Z. V.
Junck, Pol.-Rath. Reske. Feldtg.

Nichtamtlicher Theil.

Einigungs-Versuche.

Die Versuche einer engeren Zusammenfassung aller liberalen Elemente, wie sie auf den Parteitagen von Breslau und Gotha gemacht worden sind, verdienen unzweifelhaft die Sympathie aller verständigen Liberalen.

Man hat in den dort gefaßten Beschlüssen den „Unterscheidungen, welche jede große Parteirichtung in ihrer Mitte ausbildet", vollauf Rechnung getragen und mit praktischem Blick als das zunächst Nothwendige „eine offene Verständigung bei den Wahlen zum preußischen Landtage und zum Reichstage" bezeichnet. Die Nationalliberalen haben die Nothwendigkeit einer solchen Verständigung von Anfang der gegenwärtigen Wahlbewegung an so lebhaft betont, daß man sich über die erwähnte Resolution nur aufrichtig freuen kann, andererseits aber um so mehr bedauern muß, daß der löbliche Grundsatz noch so vielfach unbeachtet geblieben ist.

Im einzelnen Fall pflegt sich eben die Verständigung viel weniger leicht zu machen, als sich der allgemeine Grundsatz aussprich. Herr Lasker räth den Liberalen in den einzelnen Wahlkreisen, ihre Stimmen auf diejenige Richtung zu vereinigen, welche die meiste Aussicht habe. Aber wer entscheidet über die meiste Aussicht? Hier berühren wir einen der häßlichsten Flecken des Wahltreibens. In den einzelnen Kreisen würde die Verständigung oft gar nicht so schwierig sein. Aber da kommt die Einmischung irgend eines auswärtigen „Centralcomités", welches findet, daß in dieser oder jener Gegend für seine Bestrebungen Boden sein müsse; und nun wird künstlich eine Agitation ins Werk gesetzt, bis endlich die im Besitzstande befindliche liberale Richtung sich zur Wehr setzt und der Krieg im liberalen Lager fertig ist. Es ist nicht Herr Eugen Richter allein, dem wir den Vorwurf machen müssen, auf solche Weise den Frieden gestört zu haben. Hoffen wir indeß, daß die guten Vorsätze, welche man jetzt gefaßt hat, bei künftigen Gelegenheiten fruchtbringender angewandt werden.

Als einen weiteren Schritt bezeichnet die in Gotha gefaßte Resolution ein „planmäßiges Zusammenwirken der parlamentarischen Fractionen" des Liberalismus. Auch damit kann man im Allgemeinen um so mehr einverstanden sein, als bereits in der letzten Reichstagssession über alle wichtigeren Angelegenheiten ein Gedankenaustausch zwischen den verschiedenen liberalen Fractionen stattgefunden hat. Nur würden wir es für undurchführbar halten, wenn etwa für dies Zusammenwirken von vornherein eine allgemeine Directive aufgestellt werden sollte. Zu diesem Vorbehalte veranlassen uns namentlich einige Aeußerungen, welche Lasker nach den Zeitungen in Breslau gemacht hat. Schon in der historischen Auffassung des Verhältnisses zwischen nationalliberaler und Fortschrittspartei können wir mit diesem Mitgliede der liberalen Vereinigung nicht übereinstimmen. Herr Lasker ist der Ansicht, daß in den ersten zwölf Jahren nach 1866 in der liberalen Partei eine Arbeitstheilung in der Weise stattgefunden habe, daß die Nationalliberalen ihre ganze Kraft dem Aufbau des nationalen Staates zuwandten, während die Fortschrittspartei die „wesentlichste Aufgabe" des Liberalismus, nämlich die, „über die Freiheit des Volkes zu wachen", erfüllte.

Wir meinen, daß auch die Nationalliberalen bei aller positiven Arbeit diese zweite Aufgabe nicht aus den Augen gelassen haben, und wir sind überzeugt, daß am wenigsten Herr Lasker, als er noch der nationalliberalen Partei angehörte, geneigt gewesen sein würde, hierüber einen Zweifel aufkommen zu lassen. Bedenklicher noch aber scheint uns der Schluß, welchen Herr Lasker aus seiner Prämisse zieht. Er ist der Ansicht, daß der Bau des nationalen Staates nunmehr gegen jeden Angriff, jede Erschütterung gesichert dasteht, und daß es infolge dessen die Pflicht der nationalliberalen Partei war, die „gemeinschaftliche liberale Arbeit" wieder mit aufzunehmen. Dies, sagt er, sei der Grund der Secession gewesen, indem man von der Erkenntniß ausgegangen sei, „daß aus dem Zusammenwirken mit der Regierung ein fernerer Nutzen des Landes nicht mehr zu erwarten und deswegen es Pflicht sei, zurückzukehren zu jener Opposition, welche unterbrochen wurde" durch die Aufgabe der Mitarbeit an dem nationalen Staate.

Zunächst vermögen wir die optimistische Auffassung von der Unerschütterlichkeit unseres nationalen Staatswesens leider durchaus nicht zu theilen; sodann aber hat die nationalliberale Partei ein „Wiederaufnehmen" der liberalen Arbeit schon deshalb nicht nöthig, weil sie dieselbe nach ihrer Ueberzeugung niemals liegen gelassen hat. Am wenigsten aber kann die nationalliberale Partei als das politische Gebot der Gegenwart die Rückkehr zu der durch die nationale Arbeit „unterbrochenen" Opposition, also zu der Opposition von vor 1866, betrachten. Sie hat immer erklärt, alle Vorlagen der Regierung sachlich prüfen und, wenn sie es mit ihrem Standpuncte vereinbaren könne, unterstützen zu wollen. An diesem Grundsatze hält sie auch jetzt noch fest. Ob so ein Zusammenwirken mit der Regierung noch möglich ist oder nicht, kann erst die Zukunft entscheiden.

Leipzig, 7. October 1882.

An die ultramontanen Wähler der Rheinlande haben die Centrumsführer einen besonderen Wahlaufruf erlassen, der neueren Datums ist als der allgemeine Wahlaufruf, und darum die augenblickliche Stimmung besser wiederspiegelt. Er ist denn auch erheblich schroffer und schärfer abgefaßt und macht der Regierung bittere Vorwürfe, an dem Stillstand des Friedenswerks Schuld zu sein, indem sie nicht nur von einer organischen Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung nichts wissen wolle, sondern nicht einmal von den ihr in dem Juligesetz verliehenen Vollmachten Gebrauch gemacht habe. Die Staatsregierung sei hinter den Wünschen der parlamentarischen Mehrheiten zurückgeblieben, welche durch Zustimmung zu dem Antrag Windthorst auf Abschaffung des Internirungsgesetzes und zu dem neuesten Kirchengesetz die Bereitwilligkeit kund gaben, den drückendsten Beschwerden des katholischen Volks abzuhelfen. Nur eine organische Revision der ganzen Maigesetzgebung könne zum Frieden führen. Worin diese bestehen soll, wird nicht gesagt; man weiß aber, daß sie darin bestehen soll, die Maigesetzgebung aller ihrer wichtigsten und wirksamsten Bestimmungen zu berauben, bis sie gar keinen Werth mehr hat. Die Berufung auf die parlamentarischen Mehrheiten, welche, im ultramontanen Sinne, friedliebender seien als die Staatsregierung, enthält eine dringende Mahnung an alle Liberalen vor der Zustimmung zu weiteren Windthorstschen Anträgen, deren wir ja auch im neuen Landtag wieder ohne Zweifel zu erwarten haben.

Mit Bestimmtheit wird in Aussicht gestellt, daß der neue preußische Etat eine wichtige formelle Abweichung vom letzten Etatsgesetz insofern aufweisen wird, als das Gehalt für den altkatholischen Bischof wieder in den Titel: „Gehälter der Bischöfe" einrangirt werden soll. Wie erinnerlich, gelang es in der letzten Session den Ultramontanen unter Beihilfe der Conservativen, die Heraushebung dieses Postens aus der ihm allein zukommenden Stelle durchzusetzen, wodurch dann der Schein hervorgerufen wurde, daß der Altkatholicismus ein Wesen für sich, ohne jeden Zusammenhang mit der katholischen Kirche, sei. Es ist dies eine Verdrehung des thatsächlichen Verhältnisses, so lange die Altkatholiken prätendiren, die wahre katholische Lehre zu hüten, und es war eine der bedauerlichsten Concessionen der Conservativen an das Centrum, daß sie jene Aenderung am Etatsgesetz billigten. Wenn sie auch jetzt verblendet genug sein würden, den Ultramontanen die gleichen Handlangerdienste zu leisten, so werden sie doch hoffentlich durch ihre verminderte Zahl verhindert sein, ihren Herzenswünschen zu folgen, und vor Allem die Regierung wird die Anerkennung als eine dauernde mit nichten billigen. Die kirchenpolitischen Ereignisse dieses Sommers haben denn doch zu ernüchternd gewirkt, als daß ein größeres Entgegenkommen des Herrn von Goßler gegenüber dem Centrum zu befürchten stände; und wenn das gegenwärtige Hinüberschwanken des Fürsten Bismarck zu den Liberalen auch voraussichtlich eine Episode ohne praktische Ergebnisse bleiben wird, so ist eine Rückkehr zu dem Verhältniß des Hand- in Hand-Gehens zwischen Regierung, Conservativen und Ultramontanen doch für lange Zeiten ausgeschlossen. Schon daß auf die Einbringung eines weiteren kirchenpolitischen Friedensgesetzes endgiltig Verzicht geleistet ist, muß zeigen, wie wenig Fürst Bismarck die Nöthigung empfindet, den aussichtslosen Versuch einer gänzlichen Befriedigung des Centrums fortzusetzen.

Die Nachwahl zum Reichstag im 14. württembergischen Wahlkreis macht eine engere Wahl zwischen dem demokratischen Candidaten Hähnle und dem Mitglied der deutschen Reichspartei Magirus nothwendig. Beide erhielten nahezu gleichviel Stimmen, ersterer 7067, letzterer 7043, 300 Stimmen fielen auf Bebel. Der Zuwachs an Stimmen, welche die Volkspartei gewann, ist auf die Unterstützung der Ultramontanen zurückzuführen, welche bei der vorigen Wahl 1400 Stimmen zählten, diesmal aber einen eigenen Candidaten nicht aufstellten, sondern offen für den Demokraten eintraten.

Im Reichsjustizamt finden gegenwärtig eingehende Erhebungen über die Wirkungen des Gerichtskostengesetzes statt, die sich namentlich darauf erstrecken, ob die kürzlich vorgenommenen Ermäßigungen der Gebühren von erheblichem Einfluß geworden, oder ob noch eine weitere Ermäßigung derselben, wie sie bekanntlich schon bei den Berathungen des Reichstags gefordert wurde, nothwendig ist.

Um die Magyarisirung der Deutschen, Slovaken, Ruthenen, Serben und Rumänen in raschem Fluß zu bringen, erscheint seit Kurzem ein neues Blatt, das den Namen führt: „Ungarn, Monatsschrift im Interesse der Magyarisirung." Seine Existenzberechtigung sucht es lediglich in der Magyarisirung; ihr allein will es dienen. Ein Aufruf „an die magyarische Nation" giebt die Tendenz der neuen Monatsschrift bekannt. Ein zweiter Artikel empfiehlt die Errichtung eines das ganze Land überspannenden Magyarisirungsvereins, der Ungarn groß und vor Allem ganz magyarisch zu machen hätte. Da heißt es beispielsweise: „Das Mittel, die Art der Ausführung kommt nicht sehr in Betracht. Der Zweck heiligt das Mittel; jedes Mittel zum Zweck ist gut." Findelhäuser, Kinderbewahranstalten, Schulen, Volksbibliotheken, der Unterricht der Erwachsenen, Belohnungen werden als solche Mittel empfohlen. Im höchsten Grade merkwürdig ist wohl der Vorschlag, nicht magyarische Kinder durch die Erziehung in magyarischen Ortschaften zu magyarisiren. Der Vorschlag wird damit begründet, daß die Kinder im Alter von 14—16 Jahren das in der Schule erlernte Magyarische wieder vergessen. Daher sollen nicht magyarische gegen magyarische ausgetauscht werden. Die Organe dieser umfangreichen Thätigkeit sollen der Landes-Magyarisirungs-Verein und seine überall in Stadt und Land sich bildenden Filialen sein. „Ueberall bedarf man ihrer; überall mögen sie sich organisiren: unter den Nationalitäten, denn dort müssen sie wirken; aber auch in rein magyarischen Gegenden, denn auch dort ist Unmagyarisches, das ausgerottet, viel Fremdartiges, das entfernt werden muß." Eine wichtige Rolle wird den Redacteuren der Provinzblätter zugewiesen. Sie kennen am besten ihre Gegend, deren Lage, die Nationalitätenbewegungen. Jedes Provinzblatt bleibe in seiner Gegend, suche den Gegenstand in seinem Bereiche und spreche darüber unermüdlich, fort und fort, bis es ein Resultat sieht. Dann gehe es zu Anderem über, bringe es zur Reife, und der Erfolg wird nicht ausbleiben." Ein besonderer Artikel ist den Sachsen gewidmet. Da die Einigkeit der Sachsen Siebenbürgens den Magyaren ein Dorn im Auge ist, so wird Zwietracht gesäet, die Städte Schäßburg und Kronstadt werden auf Hermannstadt gehetzt. Für die nächste Nummer des Blattes wird ein reichhaltiges Programm verheißen: 1) „Magyarisirung des Heeres" (in ungarischen Regimentern dürfen nur in den Ländern der ungarischen Krone geborene Staatsbürger Officiersrang bekleiden). 2) Firmen und Aufschriften (eine nicht magyarische Firma zahlt 100 Gulden Steuer). 4) Amtliche Staatssprache (ausschließlich magyarisch). 8) Gewerbe, Handel (nur eine magyarische Firma kann eine staatliche Begünstigung erhalten, auch nur dann, wenn sie magyarische Buchführung hat). 9) Professor (nur eine magyarische Lehranstalt kann ein giltiges Diplom ertheilen) ꝛc

Hinsichtlich der Absicht der serbischen Oppositionspartei den König Milan zu entthronen und den minderjährigen Prinzen Alexander zum König zu erheben, wird dem in Neusatz erscheinenden serbischen Blatte „Zastawa" aus Belgrad geschrieben: „Was die Wiener Blätter jüngst über einen einstimmig gefaßten Beschluß der großserbischen Nationalpartei gemeldet, ist hier schon lange kein Geheimniß mehr, nur fand man es bisher nicht passend, die Angelegenheit im Wege der Journale an die große Glocke hängen zu lassen. Jedermann in Belgrad und ganz Serbien weiß, daß König Milan kein Politiker, deshalb der für die gesammte serbische Nation hochwichtigen Aufgabe, den serbischen Staat gedeihlich weiter zu entwickeln, nicht gewachsen ist. Das weiß König Milan selbst und hat es schon wiederholt seinen Ministern gegenüber ausgesprochen. Deshalb hat auch der König keinerlei gewaltthätige Dinge zu besorgen, falls angesichts wichtiger politischer Ereignisse der Thronwechsel beschleunigt werden müßte. Der König wird vielmehr freiwillig zu Gunsten seines Sohnes zurücktreten, der während seiner Minderjährigkeit die besten Patrioten des Landes als treue Räthe zur Seite haben wird." — In Verbindung mit diesen Nachrichten wird aus Petersburg geschrieben, daß eine dort beglaubigte fremde Botschaft mit Bestimmtheit erfahren haben will, seitens Rußlands bestehe der Plan, sofort nach der Krönung des Kaisers Alexander einen populären Krieg im slavischen Interesse zu beginnen, wodurch in Rußland zu Gunsten des Kaisers und seiner Regierung Stimmung gemacht werden soll. Mit diesem Plane soll auch die jüngste Reise des Fürsten von Montenegro nach Rußland und die Nachricht von einem in Serbien bevorstehenden Thronwechsel in Zusammenhang stehen.

Je näher die Wiedereröffnung der französischen Kammern rückt, um so zahlreicher werden die Reden der Minister und Deputirten. Man suche aber nichts Neues in diesen Reden; sie alle behandeln den schon unzählige Male wiederholten Mahnruf: Einigkeit der republikanischen Parteien! „Nichts", ruft Herr Fallières, der Minister des Innern, bei dem in Nonen zur Einweihung des ersten Mädchen-Lyceums in Frankreich veranstalteten Festmahle aus, „nichts betrübt die Zukunft der Republik. Wenn wir an die Versöhnung, die Eintracht, die Beruhigung appelliren, so haben wir geglaubt, dem allgemeinen Gefühle des Landes Rechnung zu tragen." Sein Vorgänger im Amte, Herr Goblet, ruft dagegen am selben Tage aus, daß es unmöglich sei, in einer Kammer, wo so viele Gruppen bestehen, eine gouvernementale Mehrheit zu bilden. Gleichwohl soll die Bildung derselben versucht werden. Ein Pariser Privattelegramm der „Voss. Z." meldet, „Mehrfache Conferenzen Jules Ferry's mit Gambetta hatten zur Folge, daß Ersterer an der Bildung einer neuen Partei arbeitet, die ungefähr aus den Elementen der ehemaligen Linken bestehen, Partei der Unabhängigen heißen und mit Gambetta's republikanischer Union zusammen eine autoritaire Regierungsmehrheit bilden soll."

Der „Berner Bund" bestätigt die Nachricht, daß der deutsche Gesandte bei der Eidgenossenschaft, General von Röder, seines hohen Alters wegen seinen Abschied erbeten hat. Dazu bemerkt das halbamtliche Blatt: „Unsere höheren politischen Kreise, welche die Geradheit und Verträglichkeit seines Charakters zu schätzen wissen, wie nicht minder die deutschen Reichsangehörigen in der Schweiz, die ihn wegen seiner Leutseligkeit hochschätzen, werden die Nachricht vom Rücktritte des Herrn v. Röder mit Bedauern vernehmen."

Dem dänischen Folkething ist das Budget pro 1883/84 unterbreitet. Die Einnahmen sind zu 51,898,743 Kronen 57 Oere, die Ausgaben zu 51,500,163 Kronen 81 Oere veranschlagt, so daß sich ein Ueberschuß von circa ¼ Million Kronen ergiebt. Der Ministerpräsident und Finanzminister Estrup bemerkte, daß die Einnahmen um etwa 2 Millionen, die Ausgaben um etwa 400,000 Kronen höher als im diesjährigen Budget veranschlagt seien. Die Mehreinnahme entspringe den indirecten Steuern (1¼ Millionen Kronen), dem Staatseisenbahnwesen (400,000 Kronen) und den Zinsen aus dem Staatscassen-Bestande (100,000 Kronen). Falls der Entwurf angenommen werde, würde sich ein nicht großer Cassenüberschuß ergeben, dagegen aber würde der Vermögenszuwachs ein bedeutender werden, u. A. weil bedeutende Beträge zur Förderung productiver Zwecke verlangt worden seien.

Schon jetzt macht sich in Italien eine rege Bewegung für die Wahlen bemerkbar und die verschiedenen Parteien rüsten sich mit aller Macht zum bevorstehenden Wahlkampfe. Besonders die Radicalen rühren sich. In den ihnen am meisten zugänglichen Provinzen der Romagna werden ihre bedeutendsten Führer candidiren, doch läßt sich schon jetzt voraussagen, daß ihrer Liebe Müh' vergebens sein wird und daß sie in der neuen Kammer keinerlei Verstärkung erhalten werden. Man überschätzt überhaupt, besonders im Auslande, die Macht und den Einfluß der radicalen Partei in Italien außerordentlich, wenn man annimmt, daß dieselbe in der neuen Kammer eine bemerkenswerthe Stellung einnehmen werde. Wie überall nehmen die Extremen auch in Italien den Mund gern voll und geberden sich, als ob es blos von ihnen abhinge, die Gewalt in die Hände zu bekommen; in Wirklichkeit verhält sich aber die Sache ganz anders. Die Radicalen besitzen in Italien keinen nennenswerthen Anhang und dieser recrutirt sich beinahe durchgehends aus den untersten Volksclassen, aus Leuten, die selbst nach dem neuen, so sehr erweiterten Wahlrechtsgesetze nicht wahlberechtigt sind. Sie sind natürlich gut zu Demonstrationen und öffentlichen Skandalen; gefährlich sind sie nicht, und dies schon aus dem einfachen Grunde, weil ihre Führer bei der etwas besitzenden Bevölkerung absolut kein Ansehen und keinen Einfluß besitzen. Die Candidaturen der Radicalen für die nächsten Parlamentswahlen sind daher ganz vereinzelt, und es fehlt nicht an Beispielen, daß jetzt in solchen Wahlbezirken, welche bisher den Radicalen gehörten, die Candidatur derselben fallen gelassen und auf Candidaten der gemäßigten Partei übertragen wurde. Nicht die Hälfte der gegenwärtig in der Kammer sitzenden 20 Radicalen dürfte wiedergewählt werden und der etwaige Ersatz wird ein so spärlicher sein, daß die Radicalen in der künftigen Kammer gewiß eine sehr unbedeutende Rolle spielen und eher in verringerter als in vermehrter Zahl erscheinen dürften.

Aus Udine wird telegraphirt, daß die Polizei ein chemisches Laboratorium entdeckt habe, in dem Bomben, ähnlich den in Triest geworfenen, hergestellt wurden. Mehrere Personen wurden verhaftet. Darunter befindet sich auch ein in Venedig wohnhafter russischer Flüchtling, den die Polizei bei der Mischung von Sprengstoffen überraschte.

Nach einer Depesche des Pariser „Figaro" hätte Papst Leo XIII. jüngst in großer Gefahr gestanden. Als der Papst jüngst mit seinen Secretairen und mehreren Prälaten in den Gärten des Vaticans seinen Spaziergang hielt, ertönte plötzlich ein Schuß und eine Kugel pfiff am Haupte des Papstes vorbei. Natürlich erregte das große Bestürzung und der Papst zog sich sofort in seine Gemächer zurück.

Die Hohe Pforte empfindet Verstimmung darüber, daß ihre Note, worin sie sich bei Lord Dufferin nach dem Abzugstermin der englischen Truppen aus Egypten erkundigte, bis heute unbeantwortet geblieben ist. Sie hat sich wegen dieser Saumseligkeit bei Dufferin beklagt und sogar ihre Absicht durchblicken lassen, bei den Mächten vorstellig zu werden. Ob die türkischen Staatsmänner wirklich des Glaubens leben, mit solcherlei Spiegelfechtereien ihrer Sache zu dienen? Möglich daß dem so ist, denn während des ganzen Verlaufes der egyptischen Frage hat man sich auf der Pforte so total unfähig zur Wahrnehmung der wichtigsten Interessen des ottomanischen Reiches erwiesen, daß ihre Bekehrung zu besserer Einsicht kaum noch zu hoffen steht. Und wenn sie wider Erwarten rasch einträte, sie käme heute dennoch zu spät, um an der durch den Sieg der britischen Waffen geschaffenen Lage zu rütteln. Einstweilen scheint jedoch in den Kreisen der türkischen Politiker kein Raum für nüchterne Erwägung vorhanden zu sein, dagegen mehren sich die Zwischenfälle, aus denen hervorgeht, daß man den Engländern grollt und dieser Empfindung in mitunter recht kleinlicher Weise Luft macht. In England selber sind es die Conservativen, welche gegen Gladstone's und Granville's egyptische Politik Front machen. Einer der bekanntesten Führer der torischen Opposition, Sir Stafford Northcote, hat die Entdeckung gemacht, daß der egyptische Krieg eigentlich unnöthig gewesen und nur durch die Fehler der Gladstone'schen Politik herbeigeführt worden sei. Dieser Ausspruch aus dem Munde eines Oppositionsführers klingt denn doch nicht unverdächtig genug, um überzeugend zu wirken, außer auf Solche, die um jeden Preis überzeugt sein wollen. Eine viel nähere Vermuthung wäre, daß Sir Stafford Northcote und Genossen privatim keinen Zweifel an dem durchschlagenden Erfolg der egyptischen Politik des liberalen Cabinets hegen und ihrem Mißmuth die Zügel schießen lassen, daß ein Gladstone auf dem Gebiete internationaler Staatskunst, welche die Torries immer als ihre eigenste Domäne hinzustellen liebten, Triumphe feiert. Dazu mag dann freilich noch die gegründete Besorgniß vor einer noch weiter gehenden Einbuße des Ansehens der Oppositionspartei treten, welche den ehemaligen Schatzkanzler mit Neid auf die Verdienste der Regierungsmänner blicken läßt.

Die Neugestaltung Egyptens.

II.

Das Gendarmerie-Corps, welches die Stelle der aufzulösenden Armee vertreten soll, wird eine gemischte Zusammensetzung erhalten müssen. Die Mehrzahl der Officiere werden Fremde sein müssen, wobei unter dem Worte „Fremde" alle jene zu verstehen sind, die nicht egyptischen Ursprungs sind, mögen dieselben nun Europäer, Türken oder Tscherkessen sein. Das Gros des Corps darf nicht durch Rekrutirung, sondern muß durch freiwillige Anwerbung gebildet werden. Ich glaube, kaum einen Irrthum zu begehen, wenn ich versichere, daß das Gendarmerie-Corps in zehn Jahren keinem